

Viele Hausaufgaben für die Politik

DIHK-Präsident Eric Schweitzer und Handelskammer-Vertreter mit klaren Worten beim Wirtschaftsempfang



Der Gastgeber mit seinen Gästen: Ante-Präsident Lutz Peper (v.l.) hatte am Donnerstag in seine Lloyd Garagen eingeladen. Das Podium teilten an diesem Abend Carsten Sieling, Eric Schweitzer, Harald Emigholz und Matthias Fonger.
FOTO: CHRISTINA KUHAUPT

VON MAREN BENEKE

Bremen. Eric Schweitzer hat einen klaren Arbeitsauftrag bekommen. Der Präsident des Deutschen Industrie- und Handelskammertages (DIHK) solle doch bitte als „Boten der guten Nachrichten“ nach Berlin zurückkehren und zeigen, dass im kleinsten Bundesland nicht alles nur schlecht ist. So zumindest hatte es sich Bürgermeister Carsten Sieling vorgestellt. Denn neben all den Herausforderungen, vor denen Bremen stehe, sei die wirtschaftliche Lage gut. Das sagte der SPD-Politiker in seinem Grußwort beim Wirtschaftsempfang der Handelskammer Bremen. „Aber wir müssen unsere Stärken mehr nach außen tragen.“

Mehr als 450 Gäste waren am Donnerstagabend in die Lloyd Garagen gekommen und hörten, wie der DIHK-Präsident die ihm auftragene Aufgabe aber offenbar lieber nicht annehmen wollte. Man habe doch schließlich mit dem Bremerhavener Ingo Kramer, der Präsident der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände ist, einen starken Fürsprecher in der Hauptstadt. „Es gibt keinen besseren Fahnenträger für Bremen“, kontierte Schweitzer.

Und dennoch: Obwohl sich der DIHK-Präsident nicht vom Bürgermeister dazu überreden lassen wollte, als Werbeträger für die Hansestadt nach Berlin zu reisen – das ein oder andere hat der Wirtschaftsverband in

der Vergangenheit doch getan, was auch den Bremer Unternehmen zugutekommt. So sei es gelungen, das Thema Hafenhinterlandanbindung mit hoher Priorität in den Bundesverkehrswegeplan zu bekommen. „Wir werden uns nachhaltig dafür einsetzen, dass das, was da drinsteht, am Ende auch tatsächlich kommt“, versprach Schweitzer. Auch, weil die bremischen Häfen aus seiner Sicht eine „maßgebliche Rolle“ für die deutsche Wirtschaft spielen.

Schweitzers Antwort auf die weltweiten Krisen etwa in Syrien, im Nahen Osten oder den Krimkonflikt: ein starkes Europa. Zusammen könnten es die Staaten schaffen, „dass wir weiterhin in Frieden und wirtschaftlicher Prosperität auf dem Kontinent leben“. Dazu gehört seiner Ansicht nach aber auch die Solidarität mit strukturschwächeren Staaten. Damit die Europäische Union auch tatsächlich stark sei, „brauchen wir einen europäischen Investitionsfonds“.

Ein weiteres zentrales Thema, dem sich Schweitzer in seinem Festvortrag zu den Herausforderungen für die deutsche Wirtschaft im In- und Ausland widmete, war der freie Handel. „Abschottung vom Wettbewerb macht eine Wirtschaft mittel- und langfristig langsamer“, sagte er. Auch wenn es beim transatlantischen Abkommen TTIP zu keiner Einigung gekommen ist: „Wir müssen nun sehen, dass wir die anderen Freihandelsabkommen etwa mit Japan zügig zum

Abschluss bringen.“ Einem möglichen Handelskrieg mit den USA erteilte Schweitzer eine klare Absage, da dieser nicht die amerikanischen, sondern die deutsche Wirtschaft empfindlich treffen würde.

Zum Abschluss gab der DIHK-Chef der Bundesregierung noch klare Forderungen mit auf den Weg: Die gestiegenen Steuereinnahmen im Bund müssten dafür genutzt werden, um in den Ausbau der Infrastruktur – dazu zählte Schweitzer neben Straßen,

„Abschottung macht eine Wirtschaft mittelfristig langsamer.“

DIHK-Präsident Eric Schweitzer

Schienen und Wasserwegen auch das Breitband-Internet – und in die Bildung zu investieren. Außerdem müssten die Unternehmen entlastet werden, etwa über eine Senkung der Energiekosten oder die Anpassung von Abschreibungszeiträumen.

Handelskammer-Hauptgeschäftsführer Matthias Fonger schloss sich diesen Forderungen an. „Wir leben vom freien Handel“, sagte er. Daher sei ein unermüdlicher Einsatz gegen Protektionismus und für Freihand-

delsabkommen der richtige Weg. Komme es zu Handelsbeschränkungen, „werden wir es hier als Erstes spüren“. Vor allem, weil Bremen vom starken Export über die Häfen profitiert. „Die Häfen und die Hinterlandverbindungen sind die Lebensstränge unserer Wirtschaft“, sagte Fonger.

Auch Harald Emigholz richtete sich am Donnerstagabend mit klaren Handlungsempfehlungen an die Politik. Die Worte des Präsidenten der Handelskammer Bremen gingen aber vor allem in Richtung Bürgermeister Sieling und Senat. „Bremen steht vor handfesten Problemen“, leitete er ein. Allerdings voran bei den Länderfinanzen. Emigholz forderte die Landesregierung dazu auf, die Nettokreditaufnahme im vom Stabilitätsrat vorgegebenen Maß zu belassen. Eine strenge Haushaltsdisziplin müsse kombiniert werden mit einem zukunftsorientierten Investitionsprogramm. „Zusätzliche Investitionen in Infrastruktur und Bildung sind dringend notwendig, um die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen langfristig zu verbessern“, sagte der Präses.

Eine „unbefriedigende Situation“ erlebe er nach wie vor bei der Effizienz der öffentlichen Verwaltung in der Hansestadt. „Die Serviceleistungen müssen dringend verbessert werden“, sagte Emigholz weiter. Trotz der Restrukturierungsmaßnahmen fehlten ihm eine klare Zielsetzung und eine Veränderung in der Führungskultur.

Ferienflieger-Deal ist geplatzt

Air Berlin sucht Weg aus der Krise

VON BERND RÖDER

Berlin/Hannover. Die hoch verschuldete Fluggesellschaft Air Berlin braucht eine neue Strategie für einen Weg aus der Krise. Ihr Großaktionär Etihad verfolgt das Ziel eines gemeinsamen Ferienfliegers von Air Berlin mit Tuifly nicht weiter, wie die arabische Fluggesellschaft am Donnerstag mitteilte. Zuvor hatte der Tui-Konzern bekannt gemacht, dass die Verhandlungen über das geplante Joint Venture nicht fortgeführt würden. Damit ist ein wichtiger Baustein der geplanten Sanierung von Air Berlin weggebrochen. „Die Urlaubsflüge der Air Berlin Group werden nun als separate Geschäftseinheit weitergeführt, unter der Marke Niki“, heißt es in der Stellungnahme von Etihad. Weitere Details dieser Struktur würden „zu gegebener Zeit“ von Air Berlin bekannt gegeben.

Air Berlin hatte das Touristikgeschäft an ihren österreichischen Ableger Niki abgegeben und dafür bereits im Dezember und Januar 300 Millionen Euro von Etihad erhalten. Niki sollte unter Führung von Etihad in einem Bündnis mit dem deutschen Ferienflieger Tuifly aufgehen, der zum Reisekonzern Tui gehört. Etihad teilte mit, in monatelangen Verhandlungen hätten die Beteiligten keine Übereinkunft über die „endgültige Beschaffenheit eines solchen Joint Venture“ erreicht.

Air Berlin stellte fest, mit dem Abbruch der Verhandlungen sei ausschließlich eine Änderung der Gesellschafterstruktur verbunden. Dies habe „keine Auswirkungen auf den Flugbetrieb der Air Berlin Group“. Der Winterflugplan der Tochter Niki sei freigeschaltet und Niki fliege ihre Ziele auch planmäßig an.

Air Berlin fliegt seit Jahren Verluste ein, ist mit mehr als einer Milliarde Euro verschuldet und hält sich seit Langem nur noch mit Finanzspritzen von Etihad in der Luft. Zuletzt hatte der deutsche Branchenprimus Lufthansa offen Interesse an einer Übernahme von Air Berlin bekundet. Allerdings müssten dazu die Betriebskosten der Airline sinken, Etihad müsse die Schulden übernehmen und die Aufsichtsbehörden müssten zustimmen, stellte Vorstandschef Carsten Spohr klar. Ein Teil von Air Berlin ist seit Februar bereits für die Lufthansa unterwegs. Der Konzern hat 38 Maschinen samt Personal für seine Töchter Eurowings und Austrian Airlines gemietet.

Streiks im Flugverkehr

EU-Kommission will Folgen mildern

Brüssel. Wegen häufiger Streiks im Luftverkehr hat die EU-Kommission Vorschläge gemacht, die Flugausfälle oder Verspätungen verringern sollen. Sie setzt dabei auf engere Zusammenarbeit der Tarifpartner sowie organisatorische Kniffe. Das Streikrecht selbst werde nicht eingeschränkt, beteuerte die Brüsseler Behörde am Donnerstag.

Die Vorschläge sind Teil eines Pakets, das den europäischen Luftverkehr insgesamt stärken und Jobs schaffen soll. Denn angesichts eines rasanten Wachstums von Flügen und Verbindungen in den vergangenen 25 Jahren ist der Luftraum über Europa gestopft. Gleichzeitig sind aber noch immer nicht alle entlegenen Winkel des Kontinents gut angebunden und der Wettbewerb funktioniert nicht immer.

Dies will die Kommission mit vier Vorschlägen für neue oder nachgebesserte Regeln angehen. Am interessantesten für Verbraucher ist der Versuch, die Auswirkungen von Arbeitskämpfen zu mindern. Denn von 2005 bis 2016 fielen deswegen nach Angaben der Kommission insgesamt mehr als 243 000 Flüge aus, was 27 Millionen Passagiere betraf. Die Kommission hat allerdings wenig Handhabe, weil das Streikrecht nicht angegriffen werden soll. Sie setzt auf Lösungen, die in einigen Mitgliedstaaten schon angewendet werden: Gewerkschaften sollen Streiks frühzeitig ankündigen. Bei Fluglotsenstreiks soll die Zusammenarbeit der Unternehmen mit dem Netzmanager verbessert werden. Hauptreisezeiten sollen geachtet werden.

Die Kommission will zudem ihre Instrumente zur Überwachung des Wettbewerbs schärfen – mit dem erklärten Ziel, Nachteile für EU-Fluggesellschaften auf dem Weltmarkt zu mildern. Während in Europa alle Airlines gleich behandelt würden, sei dies weltweit nicht immer der Fall. DPA

Radio Bremen beerdigt den Namen „Nordwestradio“

Am 12. August soll es unter dem Namen „Bremen Zwei“ an den Start gehen – Rundfunkrat stärkt ARD-Anstalt wegen Klage den Rücken

VON FLORIAN SCHWIEGERSHAUSEN

Bremen. Am 11. August wird zum letzten Mal der Slogan „Nordwestradio – Alles Gute für die Ohren“ über den Äther laufen. Dann war es das. Denn einen Tag darauf, am Sonntag, 12. August, soll die Info- und Kulturwelle der kleinsten ARD-Sendeanstalt unter dem Namen „Bremen Zwei“ an den Start gehen. So sieht der Plan aus, wenn nichts mehr dazwischenkommt. Die Pläne dazu hat Karsten Binder, bei Radio Bremen der Leiter des Programmbereichs „Gehobene Programme“, am Donnerstag auf der Sitzung des Rundfunkrats vorgestellt.

Mit der Änderung des Namens wolle der Sender die Zugehörigkeit der Welle zu Radio Bremen in den Vordergrund stellen. Denn eine Hörerbefragung habe laut Binder ergeben, dass nur jeder vierte Bremer etwas mit dem Namen „Nordwestradio“ anfangen könne. Mehrere hätten die Welle auch nicht für einen Teil von Radio Bremen gehalten sondern für ein Privatrado.

Mehr Leichtigkeit zum Wochenende
Nach derzeitigem Stand solle der Wortanteil so bleiben wie bisher. Die Musikfarbe mit einem Schwerpunkt auf poppige Musik von Singer/Songwritern solle auf diesem Level weiterentwickelt werden. Radio Bremens Intendant Jan Metzger sagte: „Das Programm vom Tage soll stärker mit in den Abend genommen werden.“ Das Schema für den Abend sieht außerdem Sendungen mit Musik-Schwerpunkten vor. Zum Wochenende hin solle alles etwas leichter wer-

den – zum einen, was die Musik angeht, zum anderen gehe es auch bei der Information um eine luftigere Taktung. Inwiefern das weniger Jobmöglichkeiten für die freien Mitarbeiter von Radio Bremen bedeutet kann, wurde nicht diskutiert.

Für die Findung des neuen Wellennamens wiederum hatte Radio Bremens Programmintendant Jan Weyrauch lediglich „irgendwas mit Bremen... vorgegeben“. Programmleiter Karsten Binder verriet: „In der Redaktion wurden auch die Namen ‚Bremen Zucker‘, ‚Bremen Blue‘, ‚Bremen Zwo‘ und ‚Bremen Smart‘ diskutiert. Am Ende war ‚Bremen Zwei‘ aber der Favorit.“ Vor dem Start des Nordwestradios im November 2001 hieß die Welle bereits schon einmal „Radio Bre-

men 2“. Doch weil sich damals der NDR an dem Programm beteiligte und dem damals finanziell angeschlagenen Radio Bremen aus der Patsche half, wurde die Welle in „Nordwestradio“ umbenannt. Konkrete Pläne zu „Bremen Zwei“ will Radio Bremen in den kommenden Wochen vorstellen.

Was aber wegfallen soll auf der alten neuen Welle, ist der Gottesdienst am Sonntag um 10 Uhr. Intendant Metzger erläuterte: „Als Ersatz ist eine einstündige Sendung mit religiösen Themen geplant.“ Live übertragene Gottesdienste werde es dann im Hörfunk auf Radio Bremen nur noch an sieben Feiertagen und zwei zusätzlichen Terminen geben, die die Kirchen bestimmen können. Allerdings werde sich Metzger dazu in Sep-

tember noch mit dem katholischen Osnabrücker Bischof Franz-Josef Bode treffen, zu dessen Bistum Bremen gehört. Die Vertreterin der katholischen Kirche im Rundfunkrat, Martina Höhns, kritisierte diese Entscheidung: „Sendebiträge ersetzen keinen Gottesdienst.“

Im nicht-öffentlichen Teil der Sitzung ging es um die Klage gegen Radio Bremen von vier norddeutschen Zeitungsverlagen, darunter die Bremer Tageszeitungen AG. Radio Bremen wird vorgeworfen, dass das Online-Angebot an bestimmten Tagen zu pressähnlich gewesen sei. Am Ende gab es folgende Erklärung: „Der Rundfunkrat ist davon überzeugt, dass das Telemedienangebot von Radio Bremen der gegenwärtigen Rechtslage entspricht. Er unterstützt daher die Leitung des Senders darin, die von den Zeitungsverlegern erhobenen Vorwürfe gegen das Telemedienangebot ‚radiobremen.de‘ auszuräumen. Nötigenfalls sind die Instanzen des Rechtswegs auszuschöpfen.“ Gleichzeitig bestärkte der Rundfunkrat den Intendanten, mit den Verlagen weitere Gespräche zu führen.

Seit der Klage wird zum Ende einer jeden Online-Nachricht geschrieben, wann und wo dazu etwas im Programm von Radio Bremen gelaufen ist – zwecks Sendungsbezug. Grundlage dafür ist der sogenannte Dreistufentest, der auf dem Telemediengesetz von 2007 und dem Rundfunkstaatsvertrag von 2009 basiert. Der Test wurde eingeführt, um zu regeln, inwieweit ein Thema, das ein öffentlich-rechtlicher Sender online ausstrahlt, die notwendige Relevanz dafür hat.



Karsten Binder, bei Radio Bremen der Leiter des Programmbereichs „Gehobene Programme“ zeigt bei seiner Powerpoint-Präsentation dem Rundfunkrat das Logo und die Farbwelt für die neue Info- und Kulturhörwelle „Bremen Zwei“. FOTO: SCHWIEGERSHAUSEN

WESER KURIER

Eine Auswertung dieser Messfelder ermöglicht es uns, täglich die Druckqualität der Zeitung zu überprüfen.